Konstitutionalismus enden wird. In dieser großen geschichtlichen Auseinandersetzung bedeuten die nächsten Wahlen nur ein Zwischenspiel. Für den Liberalismus ist dabei nicht entscheidend, ob er ein paar Mandate mehr oder weniger bekommt, sondern ob er sich als Vorkämpfer in der Niederwerfung der gesamten Reaktion, einerlei ob klerikaler oder konservativer Reaktion, durchsetzen kann. Dieser Kampf wird von uns mit Zähigkeit und Energie geführt werden. Wer aber glaubt, daß wir dumm genug sein würden, unter dem Schlachtrufe „Gegen das schwarz-rote Kartell!" den konservativ-nationalliberalen Reaktionären die Kastanien aus dem Feuer zu holen, damit sie bei ihren späteren reaktionären Abmachungen mit dem Zentrum für sich noch ein paar Extravorteile herausschlagen können, der hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Unsere Wahlparole heißt: „Gegen Heilige und Ritter!" So tönt es aus dem Freisinn entgegen! Wie aber ruft Graf von Mirbach? Er meint: „Die Kolonial-Parole ziehe nicht, man möge sie möglichst aus dem Spiele lassen. „Packender" sei der Wahlspruch: „Für die Heimat, für den Mittelstand in Stadt und Land." Auf ein Wahlkartell mit dem Freisinn soll man verzichten: „Es steht vielmehr mit Sicherheit zu erwarten, daß von seiten der Landwirtschaftsfeinde mit allen Mitteln der Wahlagitation darauf hingearbeitet werden wird, die bisherige schutzzöllnerische agrarische Mehrheit im Reichstage zu beseitigen und unter Hinweis auf die gegenwärtige Zeit der Teuerung, die überwiegend auf unsere Zoll- und Steuerpolitik zurückzuführen sei, eine Aenderung derselben in liberalem Sinne anzubahnen. Da gilt es denn für die Konservativen, die Wählerschaft aus ihrer Lässigkeit aufzurütteln und sie über die Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung aufzuklären." Man lese in den Wahlversammlungen des Zentrums nur diese beiden Preßstimmen vor und die beste Wahlrede gegen den Bloc ist gehalten.

— **Wer jubelt jetzt?** Nachdem der Rausch verflogen ist, hat der Jubelgesang der Minderheitsparteien aufgehört. Aber dafür freut sich die Sozialdemokratie, deren Zentralorgan schreibt: „Die Ankündigung der Reichstagsauflösung ist von den Vertretern der Arbeiterklasse im Reichstage mit spontanem Jubelausbruch begrüßt worden. Und dieser Jubel war wohlbegründet. Es war der instinktive Ausdruck der Tatsache, daß die Sozialdemokratie noch nie mit so glänzenden Aussichten in den Wahlkampf getreten ist wie jetzt. Für eine bürgerliche Parlamentspartei bedeuten glänzende Aussichten — eine hübsche Anzahl neuer Mandate, die ihr winken, Eroberung neuer Reichstagssessel. Für eine revolutionäre Volkspartei wie die Sozialdemokratie, sind glänzende Aussichten — vor allem Hoffnung auf mächtigen Stimmenzuwachs, Eroberung neuer hunderttausende proletarischer Herzen und Köpfe für die weltbefreiende Idee des Sozialismus. Und nicht minder: Aussichten auf Vertiefung, auf Schärfung des Klassenbewußtseins bei den bereits gewonnenen sozialistischen Truppen." — Daneben freut sich nur noch das Zentrum der Auflösung, weil es eine sehr zugkräftige Wahlparole hat. In allen anderen Parteien ist man sehr ruhig geworden.

— **Die Reichspartei** hat nun auch einen Wahlaufruf erlassen; sie wendet sich gegen die „Herrschaftsgelüste einer Partei". Sehr nett gesagt, von der Partei der Arendt und Kardorff, von den Freunden des Dr. Peters, der als liberaler Kandidat in München aufgestellt werden soll. Viel Glück beim Durchfall!

— **Die „Einigung" im Lager der Zentrumsgegner** geht immer mehr nach rückwärts; Konservative wie Nationalliberale, wie Antisemiten liegen sich schon fest in den Haaren und streiten sich um die Mandate. So ist in Schwerin dem liberalen Abg. Büsing bereits ein konservativer Gegenkandidat in der Person des Professor Dadt entgegengestellt worden. Der alte Kardorff, der dem Reichstag seit 1867 angehört, läßt sich nicht mehr aufstellen; Reichspartei und Antisemiten streiten sich um das Mandat. In einer ganzen Reihe von Wahlkreisen steht es ähnlich. Was bleibt denn schließlich noch vom Antizentrumsblock? Gar nichts als der Haß gegen uns, der sich in Poesie und Prosa Luft macht! Mit jedem Tag tritt mehr hervor, daß es sich bei den liberalen Parteien um den Vorkampf zu einem neuen Kulturkampf handelt. Aber die Katholiken sind gerüstet!

— **Wahlbroschüren.** Im Verlage der „Germania" sind erschienen: 1. eine größere Broschüre: Zentrumspolitik im Reichstage mit besonderer Berücksichtigung der Kolonialpolitik; für Redner bietet diese alles Material. 2. eine 40 Seiten starke kleinere Broschüre: „Warum ist der Reichstag aufgelöst worden?" Diese eignet sich besonders für Massenverbreitung und ist sehr billig; 1000 Stück kosten nur 50 Mk. 3. Ein Flugblatt: Ein Mahnwort an die Wähler! der Verfasser der Schriften ist der seitherige Abg. Erzberger. Man richte sämtliche Bestellungen an die „Germania", Berlin C 2, Stralauer Straße 25.

— **Die Wistuba-Frage.** Die gegen Wistuba, den in den Kolonialdebatten vielgenannten, vom Zentrumsabgeordneten Roeren in Schutz genommenen Kolonialbeamten, wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses schwebende Vorunterjuchung ist abgeschlossen. Der Oberstaatsanwalt beantragt auf Grund der Untersuchungsergebnisse, den Angeschuldigten außer Verfolgung zu setzen. Kolonialdirektor Dernburg, nun?

— **Eine marktschreierische Reklame** macht die „Nat.-Zeitung" für sich, weil eine „große politische Zeit angebrochen sei." Das Blatt liegt bekanntlich im Sterben und könnte ohne große Zuschüsse nicht leben. Jetzt aber erhebt es sich zu einem letzten Stoßseufzer und meint: „Wir bitten nicht mehr um ein Recht auf das Ohr unserer Volksgenossen in dieser Stunde, wir fordern es!" Wenn das nicht zieht, hilft nichts mehr! Aber dann folgt weiter der Satz: „Der neue Kampf eint beide, schweißt sie zusammen zur erhabenen Pflicht, in den politischen Rechten des deutschen Bürgertums die hohen Güter unserer Kultur zu schützen vor dem, was deutschem Wesen fremd, was undeutsch ist, ob es unter schwarzer, ob es unter roter Fahne gegen uns zu Felde zieht." Gut! Da haben wir ja wieder den Kampf gegen die Katholiken die unter „schwarzer Fahne" gegen den Liberalismus zu Felde ziehen. Die „Nat.-Ztg." erinnert sich wohl der Zeit, wo Dernburg, der Vater, in ihr schreiben lassen konnte: „Es ist eine Lust zu leben! Das war dieselbe Zeit, wo Tausende von Pfarreien unbesetzt waren, wo die Kinder ohne Religionsunterricht aufwuchsen und wo die Kranken ohne Sterbesakramente auf ihrem Schmerzenslager sich wandten. Da war es für die Liberalen eine Lust zu leben. Eine solche Zeit kehrt wieder, wenn der Liberalismus siegt. Deshalb müssen wir alle Kräfte anstrengen, um diese rohen Gesellen am Boden zu halten. Unter keinen Umständen einem nationalliberalen Kandidaten auch nur eine Stimme. Jeder Kandidat, der des Kulturkampfes verdächtig ist, muß bekämpft werden.

Oesterreich-Ungarn.

— Das **österreichische Herrenhaus** nahm mehrere vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Gesetzentwürfe, darunter das Budgetprovisorium und das handelspolitische Ermächtigungsgesetz und den Gesetzentwurf über den Hausierhandel an.

— Der deutsche Botschafter Graf **Monts** und der österreichisch-ungarische Botschafter Graf **v. Lützow** statteten am Sonnabend im Namen des Fürsten Bülow bezw. des Freiherrn v. Aehrenthal dem Minister des Aeußeren Tittoni einen Besuch ab und sprachen ihm Dank und Glückwünsche für seine jüngste Rede in der Deputiertenkammer aus.

Rom.

— Am Sonntag fand in **Rom** trotz des polizeilichen Verbotes, eine sogenannte „antiklerikale" Demonstration statt, welche gleichzeitig eine Huldigung für die französische Nation anläßlich ihres Kulturkampfes sein sollte. Die Demonstration an sich verlief wie alle ihre Vorgängerinnen in recht kindischer Weise. Sie gewann indessen dadurch eine gewisse Bedeutung, daß der französische Botschafter beim Quirinal, Barrère sich herbeiließ, nicht nur eine Abordnung der Demonstranten, welche sich aus Radikalen, Sozialisten und Anarchisten, Gassenjungen und allerlei Gesindel zusammensetzten, zu empfangen, sondern auch versprach, deren „Huldigung" an den Präsidenten der französischen Republik zu telegraphieren. Ueber den Eindruck, welchen diese Demonstration im Vatikan hervorgerufen, erhalten wir von kompetenter Seite folgendes: „Der Vatikan verkennt keineswegs, daß diese Demonstration an und für sich ganz unbedeutend war. Dennoch muß man derselben einen nicht geringen moralischen Wert beimessen. Sie beweist, daß die große Mehrheit des römischen Volkes aus Liebe zur Ordnung und zur wahren Freiheit von derartigen Kundgebungen der vereinigten Radikalen, Sozialisten und Anarchisten nichts wissen will. Die Demonstration hatte einen politischen Zweck, welcher nicht ausschließlich gegen den Vatikan gerichtet war. Sie beweist, daß die gleiche antiklerikale Koalition, welche in Frankreich, wo sie das Heft in den Händen hat, erklärt, nur mit französischen Bürgern verhandeln zu wollen, in Rom eine Agitation schürt, in welcher sich italienische Bürger in französische Angelegenheiten einmischen, ja dieselbe sogar Dank dem französischen Botschafter (welcher seine Regierung doch beim Könige von Italien, aber nicht bei den italienischen antimonarchischen Parteien vertreten soll) anerkennen und billigen läßt."

— **Die Protestnote des Papstes** richtet sich gegen die von der französischen Regierung in dem Palais des Vertreters des Heiligen Stuhles vorgenommene Haussuchung, gegen die Fortschaffung verschiedener Schriftstücke und die gewaltsame Austreibung des Mgr. Montagnini. Sie betont die Ungeheuerlichkeit eines solchen Vorgehens, das bisher bei den zivilisierten Nationen beispiellos dasteht. Denn selbst wenn die diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Staaten aufhören, so respektiert man doch nach wie vor den Wohnsitz und das Archiv der fremden Vertreter. Die Regierung schaffte Kataloge und Akten aus der Nuntiatur aus den Zeiten Claris und Lorenzellis fort und einen Schlüssel für Telegramme, die zwischen Lorenzelli und dem Heiligen Stuhl ausgetauscht wurden. Diese Sequestrierung ist eine sehr schwere Beleidigung nicht nur für den Heiligen Stuhl, sondern auch für alle zivilisierten Mächte, welche das höchste Interesse daran haben, die diplomatischen Geheimnisse respektiert zu sehen. Der Heilige Stuhl protestiert in gleicher Weise gegen die durch die französische Regierung vorgenommene Verletzung eines unbestreitbaren Rechtes des Papstes, anhaftend seiner Eigenschaft als Oberhaupt der Kirche, nämlich das Recht, direkt durch Vermittelung bestimmter Personen in Briefwechsel zu treten mit den Katholiken der ganzen Welt, mit Bischöfen oder einfachen Gläubigen über alles das, was auf das geistliche Wohl der Katholiken selbst Bezug hat. Auch die nichtkatholischen Mächte werden zugeben müssen, daß die Stellungnahme, welche der Papst in diesem Falle eingenommen hat, prinzipiell und sachlich absolut unanfechtbar ist. Es wäre im allgemeinen Interesse sehr wünschenswert, ja die Mächte sind das ihrer Ehre schuldig, sich mit der Protestnote des Papstes solidarisch zu erklären, weil dessen unzweifelhafte Souveränitätsrechte von einer übelgesinnten Macht nicht nur mißachtet, sondern geradezu mit Füßen getreten wurden.

Frankreich.

— **Die Briandsche Vorlage „zur Sicherung des Gottesdienstes" in Frankreich** ist am Freitag in der Deputiertenkammer mit einer Mehrheit von 338 gegen 146 angenommen worden. Die Mehrheit umfaßt die Sozialisten, die Sozialistisch-Radikalen, die Radikalen und die demokratische Vereinigung. Die Minorität setzt sich aus der Rechten, den Nationalisten und einigen gemäßigten Republikanern zusammen. 36 Deputierte, darunter ein großer Teil der republikanischen Vereinigung und mehrere protestantische Radikale, enthielten sich der Abstimmung. Im Senate werden gegen das neue Gesetz wahrscheinlich auch keine ernstlichen Ausstellungen mehr erhoben werden. Die Debatte in der Kammer gestaltete sich sehr erregt und nahm volle sieben Stunden in Anspruch. Naiberti (radikal) behauptet, der Laienstaat würde keine Beeinträchtigung erfahren, wenn er mit dem Vatikan verhandeln würde. Er beantragt, daß man in das Gesetz die Bestimmung aufnehme, daß die Benutzung der Kirchen ohne Vergütung kirchlich dazu ermächtigten Kultusbeamten übertragen werden könne. Ribot (Republikaner) glaubt, daß Briand bald bedauern werde, das neue Gesetz vorgelegt zu haben. Er führt weiter aus, er könne sich nicht erklären, warum es nötig sei, neue Gesetze zu schaffen. Man habe versprochen, die Kirchen offen zu lassen, möge man sie offen lassen und möge man doch nicht von den Pfarrern verlangen, daß sie Erklärungen abgeben. (Beifall rechts und im Zentrum.) Kultusminister Briand bemerkt gegenüber Ribot, daß jetzt von allen Seiten die vorgeschriebenen Erklärungen einlaufen. (Gelächter.) Mehrere Bischöfe, sogar zwei Erzbischöfe, haben uns gebeten, sie auszuweisen, damit beim heiligen Stuhle nicht der Verdacht gegen sie aufkomme, daß sie mit uns im Einverständnis seien. Denys Cochin bestreitet die Richtigkeit dieser Angabe und wird zur Ordnung gerufen. Minister Briand fährt fort: Wir wissen, daß der Vatikan auch das Gesetz von 1901 ablehnen wird, aber wir werden es zu erzwingen wissen, daß das Gesetz nicht übertreten wird. Der Deputierte Piou unterzog die Regierungsvorlage einer Kritik und sagte, durch die Bestimmungen der Vorlage werde der Kultus der Willkür der Gemeindebehörden ausgeliefert. Redner nahm für die Katholiken das Recht in Anspruch, dem Papste Gehorsam zu leisten. Mit 445 gegen 117 Stimmen beschließt darauf das Haus, zur Beratung der einzelnen Artikel überzugehen. Diese endete damit, daß schließlich die Vorlage, wie oben gemeldet, mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die neue Vorlage Briands, die jetzt die Billigung der Kammer gefunden hat, ist schon die dritte, sie wird aber ebensowenig die Schwierigkeiten der gegenwärtigen kirchenpolitischen Lage lösen, wie die beiden vorausgegangenen. Scheinbar bewilligt sie wohl zum Zwecke der Neuorganisation des Gottesdienstes der katholischen Kirche einige Erleichterungen, indem sie hierfür das Vereinsgesetz von 1901 als bindend erklärt, tatsächlich ist sie aber ebenfalls ein Gesetz zur Bedrückung und Knebelung der katholischen Kirche, mußte daher von der Kirche bedingungslos zurückgewiesen werden.

Rußland.

— Das Mitglied des Reichsrates, Graf **Alexis Ignatiew,** früher Generalgouverneur von Kiew, Wolhynien und Podolien, ist am 22. d. M. in Ouer im Büfettzimmer der Adelsversammlung von einem Unbekannten durch sechs Revolverschüsse getötet worden. Der Verbrecher versuchte sich darauf selbst zu erschießen; es gelang jedoch, ihn lebend zu verhaften. Dem Aussehen nach scheint der Mann dem Arbeiterstande anzugehören.

— In **Kostroma** erschossen die Inhaber einer Mietwohnung, bei denen eine Haussuchung vorgenommen werden sollte, den damit beauftragten Polizeikommissar und verwundeten einen Polizeisergeanten. Durch eine Hintertür gelang es ihnen, zu entkommen.

Turkei.

— Die **Pforte** hat durch den Oberkommissar Muktar Pascha gegen die Absicht Englands Protest eingelegt, das Sinaigebiet als ein unabhängiges Departement unter einen englischen Funktionär zu stellen und die Kapitulationen aufzuheben. Die Pforte weist darauf hin, daß Egypten ein integrierender Teil der Türkei sei.

Persien.

— Der **Kronprinz** wurde mit der Regierung betraut. Dieser veröffentlicht ein Schreiben an den Führer der Reformpartei, in dem er die Beschuldigung zurückweist, daß er die Auflösung des Parlamentes beabsichtige, um das alte Regime wieder herzustellen. Der Kronprinz ruft in seinem Schreiben Gott als Zeugen dafür an, daß seine Absichten auf Wahrung und Festigung der Grundlagen der Staatsordnung gerichtet seien, die dem Lande und dem Volke Fortschritt und Wohlstand sichern. Das Schreiben ist auch im Parlament verlesen worden, wo es mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Marokko.

— Die **Hauptmacht der Mahalla** ist noch nicht in Tanger eingerückt. Sie dürfte etwa 2000 Mann zählen. Die reitenden Truppen des Kriegsministers befinden sich in Alcazar und sollen etwa 1000 Mann zählen. Der Kriegsminister hat den festen Willen kundgegeben, den Uebergriffen Raisulis energisch ein Ende zu machen.

(Weitere Rundschau in der 2. Beilage.)

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 24. Dezember 1906.

Tageskalender für den 25. Dezember. 1806. Gefecht bei Pultusk. — 1745. Friede zu Dresden, in dem Maria Theresia auf Schlesien nochmals verzichtet. — 799. Kaiserkrönung Karl des Großen durch Leo III.

26. Dezember. 1805. Bayern und Württemberg werden Königreiche. — 1709. * Ernst Moritz Arndt zu Schoritz auf Rügen.

27. Dezember. 1870. Beginn der Beschießung des Mont Avron. — 1796 * Karl Friedrich von Steinmetz zu Eisenach. Der Sieger von Nachod und Skalitz. — 1146. Kaiser Konrad III. entschließt sich zur Teilnahme am zweiten Kreuzzuge.

—* **Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 24. Dezember:** Wind und Bewölkung: mäßige südliche Winde, zunehmende Bewölkung. Niederschlag und Temperatur: meist trocken, Temperatur nicht erheblich geändert.

—* **Se. Majestät der König** besuchte am gestrigen Sonntag mit Ihren Königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Christian den Gottesdienst in der katholischen Hofkirche. Nachmittags gegen 2 Uhr begab sich Se. Majestät mit seinen drei Söhnen nach dem Carolahof im Königl. Großen Garten und huldigte dort bis 4 Uhr dem Eissport.

—* Ihre Majestät die **Königin-Witwe** nahm gestern Mittag im Königlichen Schloß die Meldung des Herrn Kriegsministers Freih. v. Hausen entgegen. — Nachmittags 4 Uhr wohnte die Königin-Witwe der Christbescherung im Vinzentiusasyl Wittenberger Straße bei.

× **Die Königsfamilie auf dem Weihnachtsmarkt.** Am gestrigen „goldnen Sonntag" begab sich im Laufe des Nachmittags Se. Majestät der König in Zivil mit den drei ältesten Prinzen durch die hellerleuchteten Straßen der Stadt, besah sich die vielen Prachtläden und stattete dann auch dem Striezelmarkt den gewohnten Besuch ab. Hier kauften die jugendlichen Prinzen Sachen der verschiedensten Art, und als sie später vom Publikum erkannt wurden, verschenkten sie die eingekauften Gaben mit vollen Händen. Ganz besonders beschenkten die Prinzen die vielen kleinen bedauernswerten Kinder, die die Not zwingt, Waren feil zu halten. Der König begrüßte zahlreiche Marktbezieher, die ihm noch aus früheren Jahren bekannt waren. Nach einstündigem Besuch kehrten Monarch und Prinzen in das Residenzschloß zurück. Auch Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg stattete mit seiner jungen Gattin dem Striezel-